

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 16.02.2015

Scheitert die Landesregierung an der administrativen Umsetzung der seit einem Jahr bundesweit geltenden 16. Arzneimittelgesetznovelle zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung?

Am 1. April 2014 ist das auf Bundesebene beschlossene 16. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (16. AMG-Novelle) auch in Niedersachsen in Kraft getreten. Ihr Ziel ist es, den Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung deutlich zu reduzieren. Ihre Umsetzung obliegt den Länderbehörden. Es wäre aus Expertensicht zu vermuten gewesen, dass der niedersächsische Landwirtschaftsminister diese Bundesvorgabe zügig umsetzt, da die Landesregierung ausweislich ihres Koalitionsvertrages die Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung um 50 % in fünf Jahren anstrebt.

Nahezu sieben Monate nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes teilte die Staatskanzlei am 23. September 2014 mit, dass die neuen gesetzlichen Aufgaben zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung auf das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) übertragen werden sollen. Dafür würden im Jahr 2015 zunächst 25 zusätzliche Stellen beim LAVES geschaffen werden. Angekündigt wurden eine sechswöchige Verbandsanhörung und die darauf folgende endgültige Kabinettsentscheidung.

Der Niedersächsische Landkreistag reagierte ausweislich seiner Pressemitteilung Nr. 17 „Umsetzung der Antibiotika-Minimierung gehört in kommunale Hand“ mit Unverständnis auf diese Ankündigung. Dort heißt es: „In Anbetracht der überragenden Sachargumente können wir die Entscheidung des Landwirtschaftsministers, die Zuständigkeit für die Prüfung der Antibiotika-Minimierungskonzepte auf 25 000 niedersächsischen Höfen gegen alle Widerstände einem zentralen Landesamt, dem LAVES in Oldenburg, zuzuweisen, nicht nachvollziehen.“ Der NLT begründet seine Ablehnung wie folgt: „Die Mitarbeiter der kommunalen Veterinärbehörden sind regelmäßig auf den Höfen vor Ort und überprüfen dort die Einhaltung des Lebensmittel-, Tierschutz-, Tierseuchen- und auch des Tierarzneimittelrechts. Die Verringerung des Antibiotikaeinsatzes kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur als Teil eines Gesamtkonzeptes zur Tiergesundheit gelingen. Durch die heutige Entscheidung drohen unproduktive Doppelstrukturen, und Abstimmungsprobleme würden vorprogrammiert, die den Verbraucherschutz schwächen.“

Wiederum fünf Monate später, im Februar 2015, ist eine Zuständigkeit für die Umsetzung des Bundesrechts noch immer nicht endgültig vom Kabinett zugewiesen worden.

Die *Land & Forst* berichtet dazu in ihrer Ausgabe vom 12. Februar 2015 in dem Artikel „Angriffsziel Antibiotika“ Folgendes: „Agrarminister Meyer betonte, dass das neue Arzneimittelgesetz in Niedersachsen konsequent umgesetzt werde. Die Frage, ob die angekündigten neuen Stellen beim LAVES für die Überwachung des Monitorings schon besetzt seien, beantwortete Meyer ausweichend: Er gehe davon aus, dass die für die Kontrollen nötigen Mitarbeiter rechtzeitig zu Verfügung stehen.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung auch nach fast einem Jahr nicht entschieden, ob die Zuständigkeit für die Umsetzung der 16. AMG-Novelle zu den kommunalen Veterinärbehörden oder zum LAVES gehört?
2. Welche Konsequenzen hat die noch nicht erfolgte Zuständigkeitszuweisung für die Umsetzung der 16. AMG-Novelle zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung?

3. Wann wird sich die Landesregierung den Argumenten der Experten beugen und die Zuständigkeit an die kommunalen Veterinärbehörden übertragen?

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender